



# «Die Zähne nur zeigen, wenn man auch zubeissen kann»

*Kein SVP-Referendum gegen die Personenfreizügigkeit*



*Für einmal klare Hauptfigur – Peter Föhn in Redepose wie Christoph Blocher.*

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

Die SVP verzichtet auf das Referendum gegen die Weiterführung und die Ausweitung der Personenfreizügigkeit. Die Basis hat die Kehrtwende der Parteispitze nachvollzogen. Aller Augen sind nun auf die Auns gerichtet – hier ist Präsident Schwander für, Geschäftsführer Fehr aber gegen das Referendum. Die Auns will die Frage in dieser Woche angehen.

## **se. Brig, 5. Juli**

Für einmal war es nicht Christoph Blocher, der den SVP-Delegierten tief aus dem Herzen sprach. Dieses Privileg kam am Samstag in Brig dem Schwyzer Nationalrat Peter Föhn zu. Es ging um die Frage, ob die SVP das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU ergreifen soll oder nicht. Entgegen ihrem früheren Entscheid beantragten Zentralvorstand und Parteileitung, das Referendum nicht zu ergreifen. Man habe sich immer als standhafte Partei bewiesen, bekämpfte nun Föhn den Antrag der Parteispitze: «Bisher haben wir jene verhöhnt, die keine klare Meinung haben, wollen Sie nun weich werden, trotz Opposition?» Föhn erinnerte an all die früheren Versprechen an die Basis. Wenn man heute das Referendum nicht ergreife, mit welchem Argument wolle man das dann allenfalls später bei einer Erweiterung auf die Türkei oder die Ukraine machen, fragte Föhn die Parteioberen.

## **«Glatteis»**

Die Parteispitze tat sich sichtlich schwer, ihre vor vierzehn Tagen eingeleitete Kehrtwende vor der Basis zu rechtfertigen. Noch Mitte Juni hatte sich der Zentralvorstand klipp und klar für ein Referendum ausgesprochen, sollten die beiden Vorlagen zur Weiterführung und zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit der EU auf Bulgarien und Rumänien in einen einzigen Beschluss gepackt werden. Doch nun warnte Christoph Blocher seine Anhänger davor, ein solches «Schein-Referendum» zu ergreifen. Die Delegierten schluckten die Kröte und folgten mit 326 gegen 166 Stimmen bei 1 Enthaltung ihrer Parteispitze.

Dem Muotathaler Föhn war somit zwar der herzliche Applaus seiner Parteigänger sicher, doch in der Sache vermochte sich Blocher letztlich doch durchzusetzen: Auch er schürte am Samstag Emotionen, indem er das «Päckli» des Parlaments als «Schweineerei» bezeichnete, als eine «Frechheit», welche die Einigungskonferenz der eidgenössischen Räte «hinter verschlossenen Türen» begangen habe. Trotzdem dürfe man nun nicht «blindlings» reagieren und sich nicht «aufs Glatteis führen lassen», ermahnte Blocher die zahlreich angereisten Delegierten. Seine für einmal ziemlich komplexe Botschaft lautete: «Wir machen uns zum Steigbügelhalter der anderen Parteien, wenn wir bei diesem Schein-Referendum mitmachen.» Die Strategie müsse vielmehr darauf abzielen, zu verhindern, dass es überhaupt zu einem Urnengang komme – um so dann den



Abstimmungssonntag als «Trauertag für die Demokratie» zelebrieren zu können.

### «Wischiwaschi»

Es folgte eine rege Debatte, wobei sich die rund 40 Votanten in einem Verhältnis von fünf zu drei für das Referendum aussprachen. Unter den Befürwortern fanden sich vor allem Stimmen aus der Zentral- und der Ostschweiz. Man dürfe sich nicht erpressen lassen, lautete auf dieser Seite der Tenor, und warum man nun in der SVP auf einmal selber «Wischiwaschi-Politik» mache. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Partei, mahnten zahlreiche Stimmen. Denn die Basis wird die Botschaft mit dem «unseligen Begriff Schein-Referendum» kaum verstehen, wie ein St. Galler Delegierter monierte: «Das Referendum ist die einzige Möglichkeit, die Zähne zu zeigen!» Auch der Schwyzer Nationalrat und Auns-Präsident Pirmin Schwander stellte die Frage, was denn eigentlich genau mit dem Begriff «Schein-Referendum» gemeint sei, man könne doch das Referendum ergreifen. Und Altnationalrat Ulrich Schlier warnte davor, dass die EU mit ihrem Diktat die direkte Demokratie der Schweiz kaputt machen wolle.

Sorgsam hatte die Parteileitung indes dafür gesorgt, dass namhafte Exponenten immer wieder zur Besonnenheit aufriefen, unter ihnen etwa die Nationalräte Josef Kunz, Max Binder oder Adrian Amstutz. Selbst Auns-Geschäftsführer Hans Fehr stellte sich gegen ein Referendum: «Wir würden verlieren, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche», sagte Fehr. Und der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann warnte seine Parteigänger vor einem Kampf SVP gegen SVP, der «sicherlich in den Medien abgefeiert würde». Zum Schluss der Debatte trat noch einmal Blocher selber ans Mikrofon – er musste sich erstmals auch unmutige Zwischenrufe gefallen lassen: «Es nützt nichts, die Zähne zu zeigen, wenn man am Schluss nicht zubeissen kann», griff er das Votum eines Vorredners auf. Man müsse da zuschlagen, wo die Gegner empfindlich seien – bei Wahlen.

### «Der Schlüssel liegt nun bei der Auns»

Bereits haben die Tessiner Lega und die Junge SVP angekündigt, das Referendum zu ergreifen. Von der SVP haben sie nun keine Unterstützung zu erwarten. Für deren Präsidenten Toni Brunner ist die Sache nach dem Entscheid vom Samstag klar: Die SVP werde auch andere parteinahe Gruppierungen nicht unterstützen, die ein solches «Schein-Referendum, das man nicht will» ergreifen würden. Noch fehlt also eine breit abgestützte Organisation, welche ein allfälliges Referendumskomitee logistisch unterstützen könnte. «Der Schlüssel liegt nun bei der Auns», sagte Christoph Blocher am Samstag auf eine entsprechende Frage der NZZ. Pikant ist, dass – wie oben angeführt – Auns-Präsident Pirmin Schwander für, Auns-Geschäftsführer Hans Fehr aber gegen ein Referendum ist. Die Auns hat zwar schon in Aussicht gestellt, zumindest mit dem Versand der Unterschriftenbögen an ihre 46 000 Mitglieder zu einem Referendum beizutragen. Wie die Sache nun nach der SVP-Kehrtwende aussieht, wird sich weisen. Man werde die Frage nächste Woche erörtern, sagte Schwander auf Anfrage. Persönlich werde er sich für eine Unterstützung des Referendums einsetzen.

### Aufnahme der neuen Bündner SVP

se. Neben dem Entscheid gegen das Referendum zur Personenfreizügigkeit haben die SVP-Delegierten am Samstag auf Antrag der Parteispitze ihre Parteigremien aufgefordert, Vorschläge auszuarbeiten, «wie die direkte Demokratie, die Volksrechte und die Unabhängigkeit unseres Landes gestärkt werden können». Fraktionschef Caspar Baader nannte einige erste Ideen, etwa eine Volksinitiative gegen einen EU-Beitritt oder Massnahmen gegen die «überbordenden antidemokratischen Tendenzen der kantonalen Fachdirektorenkonferenzen» – etwa im Hinblick auf die Harnos-Schulreform. Ferner beschloss die SVP, die Auns-Initiative «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)» aktiv zu unterstützen. Schliesslich wurde an der Delegiertenversammlung in Brig auch die neue SVP-Sektion Graubünden in die Landespartei aufgenommen.